



Ansicht

1.11

Die zweite Einheit. Für ein gemeinsames Leben in Vielfalt müssen wir schon jetzt neue Konzepte und Programme umsetzen. Ein Plädoyer für Interkulturelle Öffnung.

Loriot Wohlfahrtsmarken



Motive © Loriot | Markengestaltung © Prof. Hans Günter Schmitz

„Die Ente bleibt draußen“
und andere Szenen von Loriot

 Gutes tun
Mit Briefmarken helfen

www.awo.org





Liebe Leserin, lieber Leser

Vor Ihnen liegt die erste Ausgabe der »AWO Ansicht«. Das Magazin erscheint künftig alle drei Monate und wird jeweils ein sozial- und gesellschaftspolitisches Thema ausleuchten. Dabei werden wir fundiert analysieren und meinungsstark kommentieren. Die Klammer eines jeden Heftes bilden die »AWO Ansicht« und die »AWO Außenansicht«. Dazwischen finden Sie zu Beginn jeder Ausgabe einen kurzen Überblick zu aktuellen AWO-Aktivitäten mit Zahlen, Daten und Fakten. Anschließend folgt immer der Themenschwerpunkt eines Heftes mit Interviews, Reportagen und Porträts. Im aktuellen Themenschwerpunkt werden verschiedene Ansichten zum Thema Migration, Integration und Interkulturelle Öffnung präsentiert und diskutiert.

Nicht erst seit der sogenannten Sarrazin-Debatte im vergangenen Jahr ist klar: Mehr denn je geht es um die sozialpolitische Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Das heißt: Jetzt müssen Konzepte und Programme auf den Weg gebracht werden, um eine Zukunft in Vielfalt neu zu gestalten. Wir müssen uns dabei endlich davon frei machen, immer Anforderungen an Einwanderer zu stellen, damit sie sich »bei uns« integrieren. Diese alte Erzählung von »Wir Deutschen« und »Die Anderen« verhindert die Organisation von Zugehörigkeit. Diese gesellschaftliche Trennungslinie muss überwunden werden. Die AWO verfolgt deshalb seit vielen Jahren das Konzept der Interkulturellen Öffnung. Ein solches Konzept zielt vor allem auf die Teilhabemöglichkeiten aller Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft.

Für den Zusammenhalt und den sozialen Frieden wäre es ein enormer Fortschritt, wenn Institutionen und Organisationen in Deutschland die Idee der Interkulturellen Öffnung leben würden. Der aktuelle Themenschwerpunkt präsentiert dazu facettenreich, wie das möglich ist. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Ihr Wolfgang Stadler
Vorsitzender AWO Bundesverband e.V.

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62 / 63 · 10961 Berlin
Tel 030 / 26309-0 · Fax 030 / 26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030 / 26309-4553 · Fax 030 / 26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Berit Gründler
Peter KuleBa (v.i.S.d.P.) · Wolfgang Stadler

Redaktionelle Mitarbeit Wolfgang Barth

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de

Fotografie S. 3 und S. 5 AWO Bundesverband,
S. 5 Vera Siber für AWO International · S. 6 plain-
picture/ffStop · S. 7 BAGFW · Titel und S. 10 Stephanie
Roderer · S. 13 Pavesi / Contrasto / laif · S. 14 AWO KV
Nürnberg · S. 15 Wolfgang Siesing · S. 17 privat
S. 19 Joker / Süddeutsche Zeitung Photo
S. 21 Hayrettin Ozcan · S. 22 Süddeutsche Zeitung

Anzeigen AWO Bundesverband e.V.

Druck ulenspiegel druck gmbh, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-
management nach EMAS D-155-00126

Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weib-
liche Schreibform für beide Geschlechter.



EMAS
geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126



FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus ver-
antwortungsvollen
Quellen
FSC® C015171



SOZIALPOLITIK

Zusammenhalt stärken – Ausgrenzung verhindern

Nur ein intakter, handlungsfähiger Sozialstaat ist in der Lage, so die AWO in einer aktuellen sozialpolitischen Grundsatzerklärung, soziale Ungerechtigkeiten abzumildern und Investitionen in Kinder, Familie, Bildung, Beschäftigungsförderung und zur Vermeidung von Altersarmut zu leisten. Zentral ist dabei eine Trendumkehr im Bereich niedriger und niedrigster Löhne. Denn: Lohnarmut führt zu Kinderarmut und mündet in Altersarmut.

→ Kinderarmut wirkt ein Leben lang. Die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung muss deshalb sehr entschieden im frühesten Kindesalter beginnen. Eine besonders wichtige Rolle spielt hierbei die frühkindliche Bildung. Die AWO fordert ein abgestimmtes Bildungs-, Sozialstaats- und Finanzierungskonzept gegen Kinder- und Jugendarmut mit konkreten und nachprüfbaren Zielvereinbarungen.

→ Die Politik der letzten Jahrzehnte hat zu einer Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt und zu einer wachsenden Diskriminierung von Arbeitslosen beigetragen. Arbeit muss jedoch existenzsichernd vergütet werden. Deshalb fordert die AWO – neben branchenspezifischen Mindestlöhnen – einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro in ganz Deutschland.

→ Zukunftsfähige Sozialpolitik muss schon jetzt die Weichen stellen, damit Altersarmut und mangelnde soziale Teilhabe nicht zu massiven Problemen werden. Dazu gehören Maßnahmen für gerechte Bildungschancen, armutsfeste Löhne und zukunftssichere Renten.

 **Weitere Informationen** www.awo.org/standpunkte

RECHTSEXTREMISMUS

Für eine Streichung der »Extremismusformel«

Seit Anfang 2011 sollen auch Träger von Projekten gegen Rechtsextremismus eine sogenannte »Extremismusklausel« unterschreiben. Die Klausel wurde im Bundesfamilienministerium entworfen. Mit der Erklärung verpflichten sich Empfänger von staatlichen Fördergeldern, »auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner auserwählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten.« Wer sich weigert, diese Erklärung zu unterschreiben, wird von weiteren Fördergeldern ausgeschlossen.

Der Zwang zur Unterschrift einer solchen Klausel ist gerade bei den Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und damit die Werte des Grundgesetzes verteidigen, unverständlich und nicht nachvollziehbar. Anstatt die wichtige Arbeit dieser Initiativen zu stärken, werden offenbar gewollt Hindernisse vonseiten der Bundesregierung aufgebaut. Die AWO hält dieses Ansinnen für gesellschaftspolitisch inakzeptabel und fordert die Bundesregierung auf, die »Extremismusklausel« aus den Richtlinien für die Bundesförderung ersatzlos zu streichen.

 **Ansprechpartner** Resa Memarnia
Tel 030 / 26309467 · Mail resa.memarnia@awo.org

Unsere Erfolge

Qualität von Betreuung und Erziehung der Kinder unter drei Jahren (U3) ist von ebenso großer Bedeutung wie der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze.

→ Die Entwicklung der einzigartigen **»Qualifizierung Fachkraft für Frühpädagogik U3«** des AWO Bundesverbands ermöglicht pädagogischen Fachkräften eine Qualifikation für Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter drei Jahren.

→ Diese Reihe ist **bundesweit die erste und einzige Weiterbildung**, die durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI) wissenschaftlich begleitet und ausgewertet wird.

→ Die Teilnehmer des ersten Fortbildungsseminars haben angegeben, dass sie mit den erworbenen Kenntnissen, trotz ihres bisherigen Vorwissens, einen beträchtlichen **Zuwachs von Handlungskompetenzen** (Methoden) für ihre praktische Arbeit erwerben konnten.

www.kinderfoerderung.awo.org



Eines von 93 Kindern, die den neuen Kindergarten besuchen.

Helfen Sie!

AWO International engagiert sich weiter in den Notlagern von Haiti und bittet dafür um Spenden.

SPENDENKONTO

AWO International e.V., Stichwort »Haiti«
Spendenkonto 10 11 12
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00

AWO INTERNATIONAL

Ein Jahr nach dem Beben: Hilfe in Haiti weiter nötig

Seit dem verheerenden Erdbeben im Januar 2010 unterstützt AWO International in Haiti die Arbeit der Partnerorganisation CSDI (Zentrum für Gesundheit und integrierte Entwicklung) in vier Notlagern in Croix-des-Bouquets am Stadtrand von Port-au-Prince. Ein Jahr nach dem Beben leben dort noch immer 12.000 Menschen unter prekären Bedingungen, darunter 2.440 Kinder.

In den vergangenen Monaten wurden zwei Gesundheitsstationen eingerichtet, die die medizinische Versorgung der Menschen in den Lagern garantieren. Durch den Bau einer Schule und eines Kindergartens hat sich vor allem die Situation der Kinder deutlich verbessert. In einem weiteren Notlager herrschen immer noch katastrophale Bedingungen: Es gibt kein sauberes Wasser, keine medizinische Versorgung, keine Räume für Kinder. Wegen fehlender Mittel kann sich das CSDI-Team dort bislang nur um Mütter und ihre neugeborenen Kinder kümmern. Weitere Unterstützung ist deshalb dringend nötig.

Ansprechpartnerin Ingrid Leberherz
Tel 030 / 25292772 · Mail ingrid.leberherz@awointernational.de

AWO KOOPERATIONEN

»Bündnis für eine Soziale Stadt« in Berlin gegründet

Gemeinsam mit dem Verbund der Auslober des Preises »Soziale Stadt« und dem Deutschen Mieterbund hat der AWO Bundesverband das »Bündnis für eine Soziale Stadt« gegründet. »Indem baulich-investive und soziale Maßnahmen von vornherein miteinander verknüpft werden, leistet das Programm »Soziale Stadt« vor Ort konkrete Hilfe. Vielfach auch und vor allem an sozialen Brennpunkten«, so AWO Vorstand Brigitte Döcker.

Angesichts der bevorstehenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2012 fordert die AWO gemeinsam mit den Bündnispartnern unter anderem dazu auf, das Programm »Soziale Stadt« im Jahre 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern, die für 2011 beschlossene Kürzung der Bundesmittel von 95 Millionen Euro auf 28 Millionen Euro im kommenden Jahr wieder zurückzunehmen und die im Jahre 2011 nur noch eingeschränkt mögliche Verknüpfung investiver und nicht investiver Maßnahmen als Kernpunkt des Programms wieder in vollem Umfang zuzulassen.

Träger des Wettbewerbs »Soziale Stadt« sind der AWO Bundesverband, der Deutsche Städtetag, der GdW (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen), die GBG Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft, die Schader-Stiftung und der vhw (Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung). Der Wettbewerb wird unterstützt durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Ansprechpartner Dieter Eckert
Tel 030 / 26309265 · Mail dieter.eckert@awo.org

Wussten Sie, ...
... dass ein evangelischer Pastor der am längsten amtierende Bundesvorsitzende der AWO war? Heinrich Albertz.



Heinrich Albertz
22.1.1915 bis 18.5.1993
AWO Vorsitzender von 1949 bis 1965.



AWO INITIATIVE

Freiwillige für die AWO

Für 2011 hat die Europäische Union das Jahr der »Freiwilligentätigkeit« ausgerufen. Das Thema Freiwilligentätigkeit, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt ist seit Bestehen der AWO von herausragender Bedeutung für den Verband. Aktuell sind innerhalb der AWO etwa 100.000 Freiwillige tätig. Klar ist aber auch: Die Motive engagementbereiter Menschen haben sich gewandelt. Handlungs-, Zeit- und Themenautonomie sind entscheidende Motive, um sich zu engagieren. Dies gilt umso mehr für junge Menschen. So wird die AWO, neben verschiedenen Aktionen und Fachdiskussionen, ihr Hauptaugenmerk 2011 auf eine Kampagne richten, um junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren für ein Engagement in der AWO zu gewinnen.

☎ **Ansprechpartner** Gunnar Wörpel
 Tel 030 / 26309257 · Mail gunnar.woerpel@awo.org

Unsere Forderungen

Durch die wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen wird sich der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren verschärfen. Für die AWO ist es unter anderem sinnvoll:

- die **Ausbildung** in den Pflegeberufen zu stärken und attraktiver zu gestalten
- die **Anerkennung** von im Ausland erworbenen Abschlüssen zu erleichtern
- die Einnahmesituation der Pflegekassen durch **Umwandlung der Pflegeversicherung** in eine Bürgerversicherung zu verbessern

ALTER

Sterbe- und Abschiedskultur in der Altenpflege

Zur Entwicklung von Qualitätsstandards der Sterbebegleitung und Abschiedsgestaltung in der Pflege hat der AWO Bundesverband in den vergangenen drei Jahren das Pilotprojekt »Palliative Care und Abschiedskultur in Einrichtungen der Altenpflege der AWO« durchgeführt.

Unter maßgeblicher Mitwirkung des AWO Ethikrates (s. u.) wurden im Kontext dieses Projekts Grundpositionen für eine Sterbe- und Abschiedskultur in der AWO Altenpflege entwickelt. Die AWO leistet so als werteorientierter sozialpolitischer Verband einen diskussionsfördernden Beitrag zum sozialetischen Dialog in der Gesellschaft zum Thema »Sterben, Tod und Abschied«. Sie leistet ebenso einen Beitrag zur Schaffung einer neuen »Abschiedskultur«. »Nichts darf über die Würde des einzelnen Menschen gestellt werden. Sein Recht auf Freiheit, auf Selbstbestimmung und auf Achtung seiner Würde darf keinem Zweck geopfert werden.« Diese programmatische Aussage von Johannes Rau aus seiner Berliner Rede 2001 zieht sich wie ein roter Faden durch alle Kapitel der Grundpositionen:

- Die Herausforderung
- Sterben, Tod, Abschied und Trauer
- Selbstbestimmung am Ende des Lebens
- Palliative Care
- Nachhaltige Entwicklung

🌐 **Weitere Informationen** www.awo.org/standpunkte

VERBANDSINFORMATION

AWO Ethikrat informiert

Die existenziellen Fragen der Menschen zur Gestaltung des Lebensendes werden mehr denn je in Politik und Gesellschaft diskutiert. Für die AWO als werteorientierter sozialpolitischer Verband sind diese Debatten von hoher Bedeutung. Deshalb hat das Präsidium des AWO Bundesverbandes 2010 beschlossen, einen AWO Ethikrat einzurichten.

Dem Ethikrat gehören neben verbandspolitischen Vertretern der AWO auch renommierte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft an. Der Rat hat auf der Grundlage des AWO Leitbildes kürzlich Grundpositionen der AWO zu Selbstbestimmung und Palliative Care am Ende des Lebens erarbeitet. Demnächst wird er sich mit Fragen zur Gerechtigkeit im Gesundheitswesen befassen.

☎ **Ansprechpartner** Ullrich Wittenius
 Tel 030 / 26309215 · Mail ullrich.wittenius@awo.org



Unsere Besten

Elfriede Biedefeld, Günter Biedefeld, Elke Richter und Werner Rövekamp · Vier Briefmarken für Kinder und ihre Freizeitgestaltung und Menschen in einer Altentagesstätte. Das sind unter anderem Verwendungszwecke, für die vier Ehrenamtliche der AWO jahraus, jahrein Wohlfahrtsbriefmarken verkaufen. Ihr großes Engagement im Kleinen wurde kürzlich bei einem Empfang des Bundespräsidenten im Berliner Schloss Bellevue gewürdigt. Im Rahmen der feierlichen Zeremonie wurden Elfriede Biedefeld und ihr Mann Günter (AWO Ortsverein Oberkirch), Elke Richter (AWO in Großbrasseln-St. Nikolaus) und Werner Rövekamp vom AWO Ortsverein Mainz-Weisenau (v.l.n.r.) für ihr großes Engagement ausgezeichnet. Auch kleine Beiträge, die sich zu einer beachtlichen Summe addieren, können viel bewirken. Diese Erfahrung machen die vier immer wieder. Heutzutage sei es angesichts neuer Kommunikationsmedien zwar nicht immer ganz einfach, Briefmarken zu verkaufen, aber sie lassen sich in ihrem Engagement nicht beirren.

VERBANDSINFORMATION

Thomas Beyer ist neuer Sprecher der NAK

Seit dem 1. Februar 2011 ist das AWO Präsidiumsmitglied Dr. Thomas Beyer, 47, neuer Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (NAK). Beyer, zugleich Landesvorsitzender der AWO in Bayern, tritt damit die Nachfolge von Wolfgang Gern an. Dieser hatte als Vertreter der Diakonie zuvor die Sprecherfunktion innegehabt. Die NAK ist ein wichtiger Zusammenschluss bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen, der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, des DGB u. a. »Mit Thomas Beyer rückt nun ein profiliertes Kenner der Sozialpolitik an die Spitze dieses Zusammenschlusses zur Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Armut«, so der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler.

Ansprechpartnerin Carola Schmidt
Tel 030 / 26309206 · Mail carola.schmidt@awo.org



ENGAGEMENT

Briefmarken für den guten Zweck



Zur Übergabe der neuen Wohlfahrtsmarken lud Anfang des Jahres der aktuelle Schirmherr des Sozialwerks Wohlfahrtsmarken, Bundespräsident Christian Wulff, ins Schloss Bellevue. Alljährlich übergibt der amtierende Bundesfinanzminister die neuen Wohlfahrtsmarken an den Bundespräsidenten. Zugleich werden die ehrenamtlichen Wohlfahrtsmarkenverkäufer der sechs Wohlfahrtsverbände vom Staatsoberhaupt geehrt.

In diesem Jahr gibt es »Loriots Wohlfahrtsmarken«: Vier bekannte Szenen aus Loriots weiter Welt des Komischen sind Motive der neuen Markenserie 2011. Die von Vicco von Bülow persönlich ausgewählten vier Motive zeigen das nörgelnde Ehepaar beim Frühstück, die knollennasigen Geschäftsleute in der Badewanne, den sprechenden Hund Bello und die beiden Besucher auf der Rennbahn. Die Motive sind Original-Phasenzeichnungen aus Loriots Fernsehserien.

Das Sozialwerk Wohlfahrtsmarken besteht seit 1949. Der Erlös aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen fließt in die Soziale Arbeit der sechs Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. In der über 60-jährigen Geschichte der Wohlfahrtsmarken wurden über vier Milliarden Wohlfahrts- und Weihnachtsmarken verkauft. Sie haben dabei einen rechnerischen Zuschlagserlös von mehr als 600 Millionen Euro erzielt.

Ansprechpartnerin Berit Gründler
Tel 030 / 26309445 · Mail werbung@awo.org

Weitere Informationen www.wohlfahrtsmarken.de

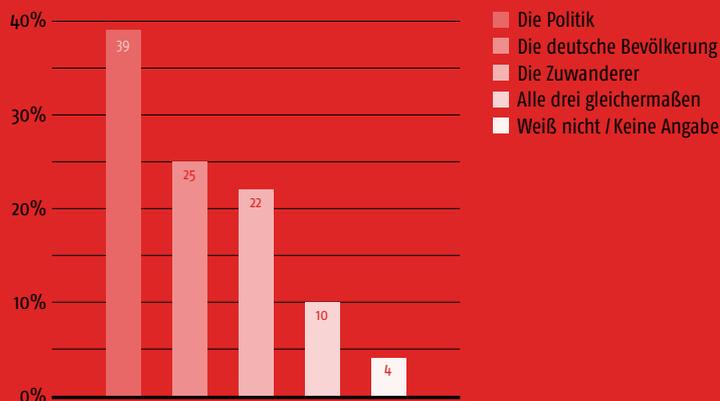
Armut verhindern

»Der Sozialstaat der Zukunft muss ein Garant gegen Armut und Ausgrenzung sein«, lautet es in der sozialpolitischen Grundsatzerklärung der AWO vom 28. Januar 2011. Ein Blick auf die Karte über die Armutsgefährdung in Deutschland zeigt: Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und junge Erwachsene von 18–25 Jahren sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Derartige Befunde sind für diese Bevölkerungsgruppen grundsätzlich nicht neu, stimmen aber in ihrer Deutlichkeit bedenklich.

Die AWO ist überzeugt: Bildung, ob Aus-, Fort- oder Weiterbildung, ist der Schlüssel, um Armut zu verhindern und Zukunftsperspektiven zu schaffen. Von daher ist es mehr denn je geboten, Kindern und Jugendlichen, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, einen kostenfreien Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen zu garantieren sowie jungen und älteren Erwachsenen, unabhängig von der Herkunft, niedrigschwellige Angebote in der Fort- und Weiterbildung bereitzuhalten.

AWO SOZIALBAROMETER

Wer ist Ihrer Meinung nach für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern in Deutschland in erster Linie verantwortlich? Würden Sie sagen ...



Quelle: AWO Sozialbarometer 1/2011

Das AWO Sozialbarometer fragt monatlich nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest.

 **Weitere Informationen** www.awo-sozialbarometer.org

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird, entsprechend dem EU-Standard, definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Zu den **Kindern** zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

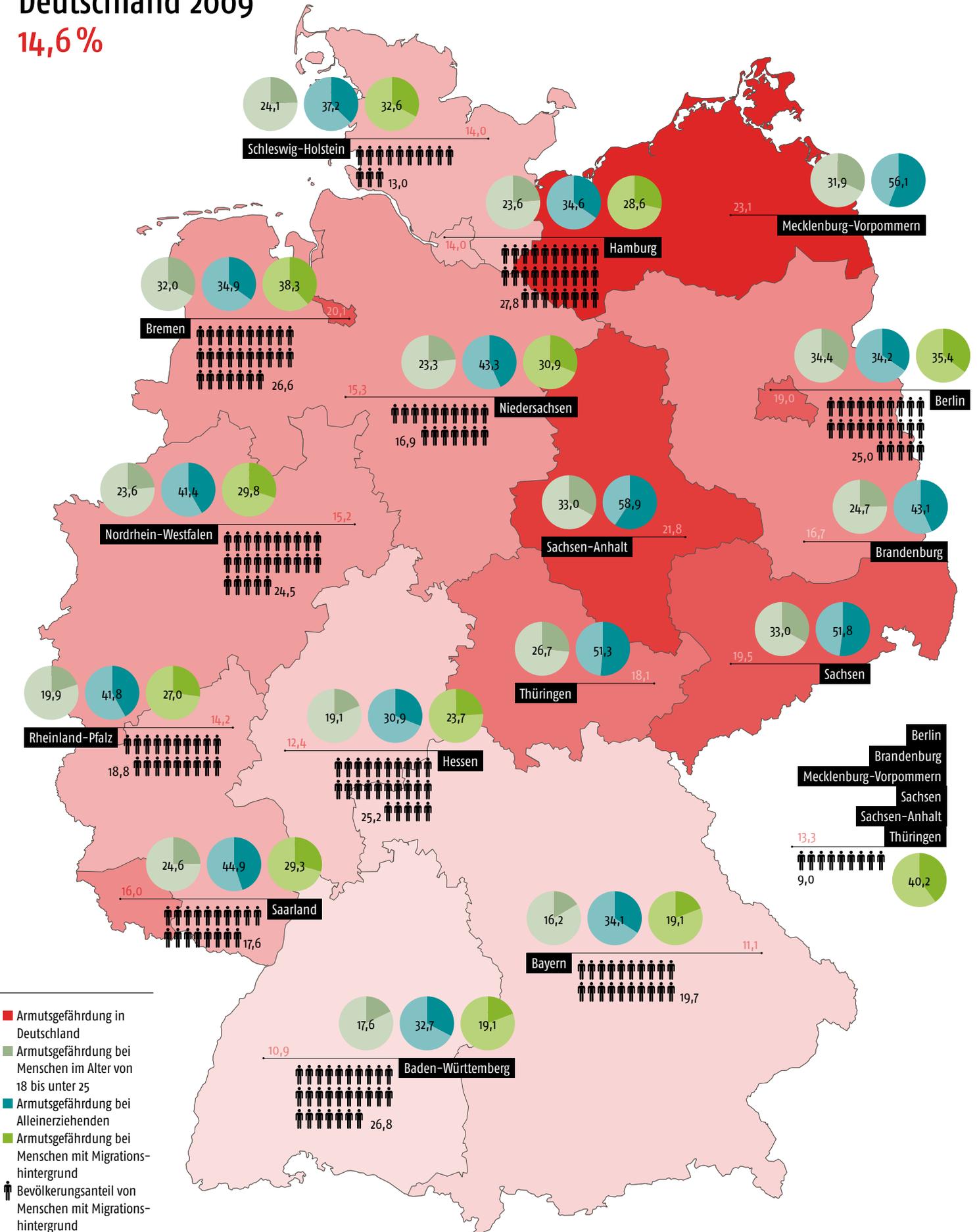
Als **Person mit Migrationshintergrund** gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

Aufgrund der geringen Fallzahlen werden für die einzelnen neuen Bundesländer keine Armutsgefährdungsquoten nach Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund ausgewiesen, sondern zusammengefasst dargestellt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Letzte Änderung: 20.08.2010

Armutsgefährdung in Deutschland 2009

14,6%



- Armutsgefährdung in Deutschland
 - Armutsgefährdung bei Menschen im Alter von 18 bis unter 25
 - Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden
 - Armutsgefährdung bei Menschen mit Migrationshintergrund
 - 👤 Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund
- alle Angaben in Prozent

AWO THEMA



A decorative arch made of sesame seeds on a red background. The arch is composed of many small, light brown sesame seeds arranged in a curved line. The background is a solid, vibrant red color.

Interkulturelle Öffnung

In Deutschland leben 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. In den Großstädten hat jedes zweite Neugeborene einen Migrationshintergrund. Einwanderer gehören längst zum Alltag in Deutschland, aber es wird vielfach immer noch so getan, als wären sie nur Gäste. Es ist Zeit, eine sachliche und realitätsnahe Debatte über den Umgang mit Einwanderern zu führen. Ein Plädoyer für Interkulturelle Öffnung.

Interkulturelle Öffnung als Programm

In den bestehenden und neuen Diensten und Einrichtungen der AWO wird darauf geachtet, dass Migranten ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend in den Angeboten repräsentiert sind und dass konzeptionell, organisatorisch und personell den Bedürfnissen von Migranten entsprochen wird.

Autoren Wolfgang Barth · Peter Kuleša

Migrationssozialarbeit ist ein zentrales Handlungsfeld der AWO. Die Arbeit zielt darauf ab, individuelle Einwanderungsprozesse zu begleiten und zu unterstützen. Dazu unterhält die AWO zahlreiche Beratungsangebote von der Migrationserstberatung über die Jugendmigrationsdienste bis hin zu Integrationskursen.

Migrationssozialarbeit ist aber nicht nur ein Spezialangebot für Migranten, sondern auch und vor allem eine Aufgabe in allen anderen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit. Grundlage ist hierbei ein entsprechender Beschluss der AWO Bundeskonferenz aus dem Jahr 2000. Demnach seien bestehende und neue Dienste und Einrichtungen interkulturell zu öffnen. Es müsse darauf geachtet werden, dass Migranten ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend in den Angeboten repräsentiert sind und dass konzeptionell, organisatorisch und personell den Bedürfnissen von Migranten in den Einrichtungen und Maßnahmen entsprochen werde. Das Konzept der Interkulturellen Öffnung und Orientierung möchte die Ungleichbehandlung von Migranten in den sozialen Hilfesystemen überwinden. Dabei geht es im Kern um die konzeptionelle Antwort auf zwei wesentliche Fragen:

- Müssen sich die Kunden dem Hilfesystem anpassen?
- Muss sich das Hilfesystem dem Kunden anpassen?

Es geht zunächst einmal darum, Einwanderer als Zielgruppe und Kunden zu sehen und anzuerkennen. Sind also Migranten überhaupt als Kunden in dem Handlungsfeld Sozialer Arbeit angekommen?

Als Zugangsbarriere wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Beherrschung der deutschen Sprache hingewiesen. Dabei wird in den meisten Fällen die Sicherstellung der Kommunikation als Bringschuld bei Migranten verortet. So aber entledigen sich Institutionen und Organisationen ihrer Verantwortung für die Gestaltung einer professionellen Unterstützungsleistung. Interkulturelle Öffnung bedeutet daher, insbesondere danach zu fragen, wie Einwanderer angebotene Dienstleistungen wahrnehmen, wie zufrieden sie damit sind und welche Erwartungen sie an diese Dienstleistungen richten.

Im Bereich der AWO Kindertagesstätten ist es mittlerweile etwa so, dass die Inanspruchnahme durch Einwanderer annähernd so groß ist wie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Ähnliches

lässt sich für Angebote der Jugendsozialarbeit festhalten. Einwanderer sind also Kunden dieser sozialen Dienstleistungen. Es gibt nach wie vor Bereiche, in denen Einwanderer noch nicht »angekommen« sind. So zum Beispiel in der Suchthilfe, in der Familienbildung, in Teilen der Behindertenhilfe und in der Altenhilfe. Es muss demnach für die AWO darum gehen, Zugangsbarrieren zu den Hilfesystemen abzubauen und Hemmungen aufseiten der Einwanderer zu mindern.

Klar ist: Interkulturelle Öffnung ist ein langfristiger Prozess. Er basiert auf folgenden Grundprinzipien:

- Interkulturelle Öffnung ist eine Leitungs- und Managementaufgabe
- Interkulturelle Öffnung ist Teil der Personalentwicklung
- Interkulturelle Öffnung ist als Kundenorientierung zu verstehen
- Interkulturelle Öffnung ist einzubinden in Qualitätsmanagementverfahren
- Interkulturelle Öffnung ist konzeptionell abzusichern

Im Kontext dieser Grundprinzipien setzt die AWO derzeit eine Konkretisierung und Operationalisierung für jedes Handlungsfeld Sozialer Arbeit um. Ziel ist es, dass die Einwanderer sich darauf verlassen können, bei der AWO soziale





Interkulturelle Öffnung ist dann erfolgreich, wenn sie systematisch in der Sozialen Arbeit mitgedacht wird.

Dienstleistungen nach ihren Bedürfnissen und Bedarfen zu erhalten und dass sie Angebote erhalten, um sich ehrenamtlich zu engagieren.

Der Anteil hier in Deutschland geborener Menschen mit Migrationshintergrund nimmt stetig zu (siehe Abb. 1). Dementsprechend müssen die Angebote an diese Menschen sein. »Soziale Arbeit ist interkulturell oder sie ist nicht pro-

fessionell«, brachte es der Geschäftsführer des Instituts für Interkulturelle Qualitätsentwicklung München IQM, Hubertus Schroer, einmal auf den Punkt. Er hat recht. Dies müssen alle Organisationen und Institutionen in Deutschland verstehen, wenn sie auf die zukünftigen Entwicklungen und Veränderungen innerhalb der Bevölkerung mit zukunftstauglichen Angeboten reagieren möchten. ♡

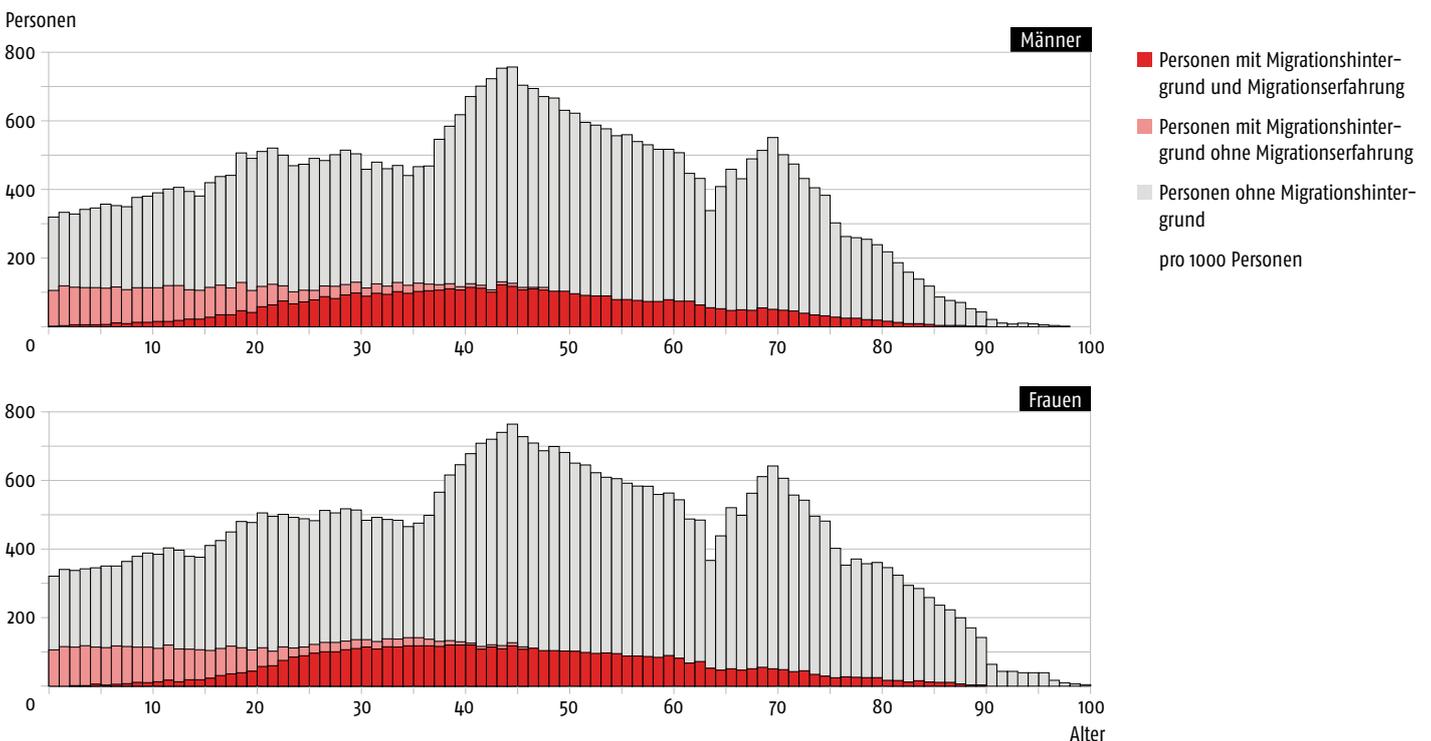
Zum Weiterlesen

AWO Bundesverband e.V.: Die Umsetzung der interkulturellen Öffnung in unterschiedlichen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit. Eine Arbeitshilfe für die Praxis, Bonn, 2006

AWO Bundesverband e.V.: Die Einwanderungsgesellschaft. Forderungen an das Jahrzehnt der Integration, Sozialbericht, Bonn, 2002

Ansprechpartner Wolfgang Barth
Tel 030 / 26309249 · Mail wolfgang.barth@awo.org

ALTERSPYRAMIDE 2009 NACH MIGRATIONSERFAHRUNG



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009

Respekt und Empathie

Chancen und Herausforderungen im Prozess der Interkulturellen Öffnung am Beispiel des AWO Kreisverbandes Nürnberg.

Autor Helmut Herz

In Nürnberg haben etwa 30 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Bei 500.000 Einwohnern sind das 150.000 Menschen. Für sie möchte die AWO passgenaue Dienstleistungen anbieten und ebenso versuchen, sie als potenzielle Mitarbeiter, Mitglieder, Unterstützer oder Kooperationspartner zu gewinnen.

Warum Interkulturelle Öffnung?

In der Integrationsarbeit sind sowohl die Migranten als auch die sogenannte Mehrheitsgesellschaft gefordert. Dies bringt für beide »Seiten« große Herausforderungen mit sich. Deshalb wurde der Prozess der Interkulturellen Öffnung im AWO Kreisverband Nürnberg auf zwei Säulen gestellt:

→ Interkulturelle Öffnung ist eine Führungsaufgabe, sowohl der Vorstand als auch die Geschäftsführung bekennen sich dazu.

→ Grundvoraussetzung zur Erreichung des Zieles ist die Existenz eines Leitbildes zur Interkulturellen Öffnung.

Das Hauptamt

2009 ging es im hauptamtlichen Bereich vor allem um die nachhaltige Verankerung der Interkulturellen Öffnung als Leitungsaufgabe in den verschiedenen Praxisfeldern. Besonders wichtig waren hier die Beschreibung von schwierigen interkulturellen Situationen im Arbeitsalltag und die Suche nach Lösungen. Eine wichtige Erkenntnis für die praktische Arbeit ist: Es gibt keine »richtigen Handlungen und Reaktionen«. Vorrangig ist eine von Respekt und Empathie geprägte Haltung. Mit ihr ist es möglich, auftretende Konflikte klar zu benennen, zu bearbeiten und so einen angemessenen Umgang mit Migranten zu erreichen.

Das Ehrenamt

Die Interkulturelle Öffnung in den Mitgliederverband zu tragen, rührte an gewachsenen Haltungen und Erwartungen innerhalb der AWO. Der AWO Kreisvorstand beschloss Ende 2008 die Gründung eines Ortsvereins AWO Nürnberg International. Anfangs heftig umstritten (»Wir wollen doch kein Getto«), erwies sich der Entschluss als goldrichtig. Der Ortsverein, ausgestattet mit allen satzungsgemäßen Rechten und Pflichten, zählt aktuell 54 Mitglieder und wächst weiter. In ihm finden Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zusammen. Die Interkulturelle Öffnung ergibt sich dabei quasi über das gemeinsame Interesse am Engagement. »Traditionelle« Ortsvereine zeigen mittlerweile reges Interesse am aktiven Austausch mit dem Ortsverein AWO Nürnberg International.

Strategische Allianzen

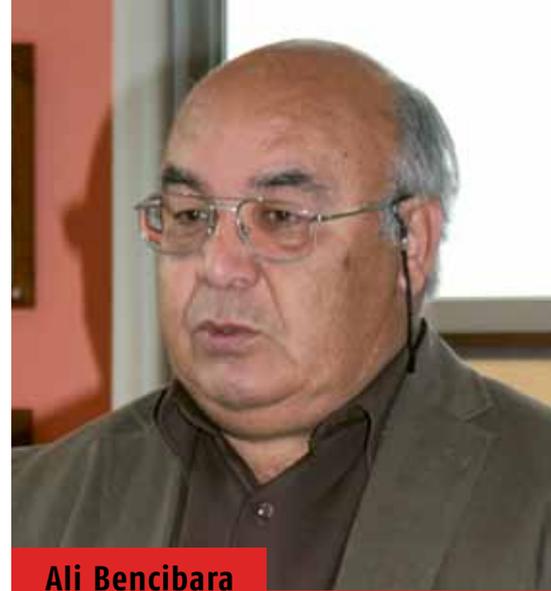
Verbandliche Öffnung bedeutet ebenso über die eigenen strukturellen Gegebenheiten hinauszugehen. Von daher baut die AWO Nürnberg die 2009 begonnene verbindliche Zusammenarbeit mit Migrantenvereinen und -gruppen vor Ort kontinuierlich aus.

Fazit

Mit der Öffnung der eigenen Organisation und dem Bilden strategischer Allianzen wird anerkannt, dass unterschiedliche Gruppen mit ihren je eigenen Interessen und Beteiligungsmöglichkeiten in einer Gemeinschaft leben. Dies ist die Grundlage, damit Gruppen und Einzelpersonen ihre Interessen und Bedürfnisse artikulieren und vertreten können. ♡

☎ **Ansprechpartner** Helmut Herz
Tel 0911 / 45060120 · Mail helmut.herz@awo-nbg.de

🌐 **Weitere Informationen** www.awo-nuernberg.de



Ali Bencibara

3 Fragen an den Vorsitzenden des AWO Ortsvereins Nürnberg International

1 Was ist das Besondere am AWO Ortsverein Nürnberg International?

BENCIBARA Wie der Name schon sagt: Es ist tatsächlich ein internationaler Ortsverein. Wir haben viele Mitglieder aus verschiedenen Ländern. Dies ist in anderen AWO Ortsvereinen oftmals leider nicht der Fall.

2 Wo sehen Sie Probleme?

BENCIBARA Das größte Problem ist, dass die AWO unter den Migranten in Nürnberg noch zu wenig bekannt ist. Eigentlich nur da, wo die Betroffenen konkrete Hilfe, etwa in einer Beratungsstelle, benötigen.

3 Warum sind Sie dennoch gerne Vorsitzender des Ortsvereins?

BENCIBARA Ich war 17 Jahre Mitglied im Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, 14 Jahre davon als Vorsitzender. Mit meinen Erfahrungen, Kenntnissen mit Migranten und Kontakten zu vielen Migranten-Organisationen möchte ich mich im Ortsverein nützlich machen, um die AWO bei Migranten bekannter zu machen und eine bessere Zusammenarbeit zwischen AWO und Migranten zu ermöglichen. ♡

So geht es auch!

Seit über 30 Jahren arbeitet die Europa Kita der AWO in Berlin-Kreuzberg erfolgreich mit ihrer deutsch-türkischen Sprach- und Kulturausbildung.

Autor Peter Kuleša

Seit über 30 Jahren wird in der Europa Kita der AWO in Berlin-Kreuzberg das Konzept einer bikulturellen und zweisprachigen Erziehung (deutsch-türkisch) verfolgt. Interkulturelle Erziehung und Sprachförderung, Bewegungsförderung und musikalische Früherziehung bilden heute den Rahmen der täglichen Kitaarbeit.

Bikulturelle und zweisprachige Erziehung sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Kitagruppen sind zu 50 Prozent aus deutschen und zu 50 Prozent aus nicht deutschen Kindern (türkischen) zusammengesetzt. Eine Erzieherin ist deutscher, eine türkischer Herkunft. In dieser Konstellation lernen die Kinder von klein auf die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Kulturen kennen. »Anderssein« und respektvollen Umgang miteinander erfahren und erleben sie über deutsch-türkische Lieder, Bücher, Tänze oder unterschiedliche Esskulturen. Grundprinzip der Sprachausbildung ist: Jede Erzieherin spricht in der jeweiligen Gruppensituation mit den Kindern in ihrer Sprache. Im Bedarfsfall und in besonderen Situationen wird von diesem Prinzip auch schon einmal abgewichen.

Die Erzieherinnen sprechen mit den Kindern immer in ganzen Sätzen. Bei der Wortwahl wird darauf geachtet, einzelne Wörter und die Wortendungen deutlich auszusprechen. Über die Konzeption und die praktischen Maßnahmen der Sprachausbildung werden die Eltern informiert und auch aktiv miteinbezogen. Im letzten Jahr vor der Einschulung wird die Sprachausbildung intensiviert und mit Blick auf die Anforderungen in der Schule noch gezielter gefördert.

Von früh auf lernen die Kinder in der Europa Kita einen respektvollen Umgang miteinander.



Von Beginn an üben die Erzieherinnen mit den Kindern ein Verständnis für ihren Körper, dessen Funktionen und Beherrschung zu entwickeln. Einmal in der Woche wird im Turnraum oder auf dem eigenen Spielplatz »herumgeturnt«. Regelmäßige Ausflüge in die nähere Umgebung »per pedes« sind an der Tagesordnung. Die Kinder erfahren dabei ihre Umwelt und erlernen buchstäblich erste Schritte im Umgang damit. Eng in den Kontext der Bewegungsförderung wird die musikalische Erziehung eingebunden. Sie soll insbesondere das Rhythmusgefühl der Kinder ausbilden und »trainieren«.

Integrationsmaßnahmen sind dann Erfolg versprechend, wenn sie bereits von früh auf mitgedacht werden. Dies belegt die Europa Kita eindrucksvoll. Zugleich ist eine angemessene Form der Verantwortungsteilung zwischen Erzieherinnen und den Eltern von prägender Kraft. So kann einer eventuellen Überforderung von Eltern, Erzieherinnen oder Lehrern im Umgang mit »ihren« Kindern entgegengewirkt und den Kindern eine zukunfts-taugliche Bildungsperspektive eröffnet werden. ♥

Ansprechpartnerin Adalet Özulusal
Tel 030 / 2513442 · Mail europakita@awo-mitte.de



Individuen fördern!

In den Debatten um die Zukunft unserer Einwanderungsgesellschaft ist der Publizist Mark Terkessidis eine innovative Stimme. Im Gespräch mit der »AWO Ansicht« erklärt er, warum er einen zu voraussetzungsvollen Begriff der Integration ablehnt und für die Idee der Interkultur plädiert.

Interview Wolfgang Barth · Peter Kuleßa

Herr Terkessidis, der Begriff Integration ist in aller Munde. Sie wenden sich gegen diesen Begriff, warum?

TERKESSIDIS Es gibt verschiedene Vorstellungen von Integration. Eine davon ist relativ pragmatisch und zielt darauf ab, Steuerungsfunktionen zu übernehmen. Etwa durch Integrationsbeauftragte dafür zu sorgen, dass die Einbeziehung von Personen mit Migrationshintergrund als Querschnittsaufgabe verankert wird. Mit diesem Verständnis habe ich erst einmal wenig Probleme.

Die Frage ist: Was sollen das für Ausländer sein, die sich im Durchschnitt 19 Jahre in der Bundesrepublik aufhalten?

Der Begriff, mit dem ich Probleme habe, ist der unausgesprochene herrschende Begriff von Integration, der mit sehr starken Normvorstellungen einhergeht. Demnach gibt es Menschen mit Migrationshintergrund und die haben bestimmte Defizite. Diese Defizite sollen dann kompensatorisch ausgeglichen werden. Allerdings sind diese angeblichen Defizite seit dem Aufkommen des Begriffes der Integration Mitte der 1970er-Jahre gleich geblieben: es geht immer noch um mangelnde Sprachbeherrschung, patriarchalische Familienverhältnisse, Gettobildung. Es kann aber nicht sein, dass die Problemagenda sich in den letzten 30 Jahren nicht verändert hat. Ebenso überholt ist Kompensation als Lösungsstrategie. Die angeblichen Defizite sollen ausgeglichen werden – und zwar neben dem Regelbetrieb der jeweiligen Institutionen. So werden dann etwa Kinder mit Migrationshintergrund weiter in »Sondermaßnahmen« verwaltet, damit sie zu einer gewissen Stunde Null, etwa Schuleintritt, der Norm entsprechen. Die Norm wiederum bleibt ziemlich unklar. Die Ansprüche an Integration

sind beliebig verschiebbar – und sie werden auch gern nach oben korrigiert, wenn zu viele Einwanderer die Ansprüche erfüllen.

Sie sprechen in diesem Zusammenhang von einer scharfen Trennung zwischen einem »Wir« und einem »Die«. Was bedeutet das?

TERKESSIDIS In Deutschland gab es lange eine sehr ausschließliche Staatsangehörigkeitsregelung, die erst 2000 verändert worden ist. Daraus resultierte eine extreme Idee davon, was das »Wir« sein soll: Es sind jene Leute, die auch ethnisch, per »Blut«, Deutsche sind. Diese Trennung zwischen den ethnisch Deutschen und den Deutschen mit Migrationshintergrund ist eine, die so streng ist wie in kaum einem anderen europäischen Einwanderungsland und sehr verbreitet. Mittlerweile leben in Deutschland jedoch sehr viele Menschen, die haben die deutsche Staatsangehörigkeit, aber einen anderen Hintergrund. Zudem besagt eine aktuelle Statistik über sogenannte Ausländer in der Bundesrepublik, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei 18,8 Jahren liegt. Die Frage ist: Was sollen das für Ausländer sein, die sich im Durchschnitt 19 Jahre in der Bundesrepublik aufhalten? Kurzum: Die beschriebene Trennung macht überhaupt keinen Sinn mehr. Sie wird aber – sozusagen von interessierter Seite – ununterbrochen forciert, wie man an der Sarrazin-Debatte im vergangenen Jahr gesehen hat.

Was meinen Sie genau?

TERKESSIDIS Erst 1998 hat die rot-grüne Regierung anerkannt, dass eine »unumkehrbare Einwanderung stattgefunden hat«. Bis dahin wurde die Fiktion aufrechterhalten, dass »Gäste« oder Fremde in »unserem« Land leben, die vorübergehend da sind und auch irgendwann wieder nach Hause gehen. Erst seit kurzem ist es ins Bewusstsein ge-

langt, dass die Fremden nicht mehr nach Hause gehen, sondern Bestandteil der Bevölkerung sind. Das macht offenbar richtig Angst und gibt dann Debatten wie um Sarrazins Buch diese hysterische Note.

Hatten Sie den Eindruck, dass diese Debatte eine diskriminierende Schärfe von neuer Qualität mit sich brachte – Stichwort etwa der Begriff vom sogenannten »hartnäckigen Integrationsverweigerer«?

TERKESSIDIS Das kann ich schwer beantworten. Interessant ist ja vor allem, wie offen sich diese Auffassungen gerade artikulieren, insbesondere in bürgerlichen Kreisen. Nun waren solche Auffassungen auch schon vorher verbreitet, brauchten aber nicht ausgesprochen werden, weil die Leute mit Migrationshintergrund auf Distanz blieben. Man war behaglich unter sich und konnte sich moralisch korrekt über Rechtsextremismus oder Gewalt gegen Migranten empören. Mittlerweile ist es aber so, dass die Menschen mit Migrationshintergrund auch Ansprüche erheben, etwa im Hinblick auf Religionsausübung. Zudem gibt es viel mehr Personen, die gut ausgebildet sind und nun in direkte Konkurrenz mit dem einheimischen Mittelstand treten. Kurzum: Das vermeintliche Problem »rückt näher« und dadurch kriegt die Debatte eine erheb-

Jetzt geht es ans Eingemachte. Jetzt stehen die Privilegien auf dem Spiel. Und wenn Rassismus offen geäußert wird, dann lässt er sich auch diskutieren.

liche Schärfe. Man kann es auch – wenn man so will – positiv sehen und sagen: Jetzt geht es ans Eingemachte. Jetzt stehen die Privilegien auf dem Spiel. Und wenn Rassismus offen geäußert wird, dann lässt er sich auch diskutieren. Wenn ich vor zehn Jahren gesagt hätte, große Teile der bürgerlichen Kreise in Deutschland sind rassistisch, dann wäre ich für verrückt erklärt worden. Nach Sarrazin kann man dies behaupten, weil es evident geworden ist.

Ist dadurch dann das bürgerliche Milieu quasi entlarvt?

TERKESSIDIS Ach, was heißt entlarvt? Ich glaube nur, dass die Dinge, wenn sie artikuliert werden, auch bearbeitet werden können. Wir können uns nun darüber unterhalten, was Rassismus ist, und die Sarrazin-Debatte hat ja auch gezeigt, was im politischen Spektrum als zulässig gilt und was nicht: Die Bundesbank hat ihn entlassen, die Kanzlerin und der Bundespräsident haben gesagt: »Nein«. Das war vor gar nicht allzu langer Zeit so nicht der Fall. Bis dahin gehörte es gewissermaßen zur Staatsräson der Bundesrepublik, dass die Unionsparteien den rechten Rand integrieren und bestimmte Protagonisten aus Bayern oder Hessen zu diesem Zweck ab und an in die rassistische Kiste greifen durften. Das wurde toleriert.

Noch einmal nachgefragt: Warum konnte diese Debatte eine solche Wirkung – auch in der rhetorischen Heftigkeit – entfachen?

TERKESSIDIS Ich glaube, die deutsche Gesellschaft hat lange auf einer Ebene funktioniert, wo sozusagen alle ihren Platz in der Gesellschaft hatten und auf diesem Platz gut versorgt wurden. So gab es für die Arbeiterschaft wenig soziale Aufstiegsmöglichkeiten, aber für das Verbleiben auf der vorgesehenen Position wurde man durch hohe Absicherung »belohnt«. Das hat so lange funktioniert, bis der Neoliberalismus Einzug gehalten hat. Seitdem nehmen die Sicherheiten immer weiter ab, was aber zugleich bedeuten müsste: höhere soziale Mobilität durch mehr Leistung. Das passiert aber nicht. Es gibt Gruppen, die dringend daran interessiert sind, an ihren Privilegien festzuhalten. Diese Gruppen fühlen sich bedroht, auch nicht ganz zu Unrecht, von den unsichtbaren Marktkräften, von den korrupten Politikern, von der Unterschicht, von den



Mark Terkessidis

Dr. Mark Terkessidis, geboren 1966, arbeitet als Publizist mit den Schwerpunkten Popkultur und Migration. 2006 verfasste er zusammen mit Yasemin Karakasoglu ein intensiv diskutiertes Plädoyer für mehr Rationalität in der Integrationsdebatte. Terkessidis lebt in Berlin und Köln.

»neuen« Bevölkerungsteilen, also den Migranten. In Richtung Migranten lässt sich das dann am leichtesten artikulieren ...

Das heißt, die Einwanderer sind Konkurrenten um Arbeitsplätze und wenn dann zugleich das »Wir« und »Die« überwunden würde, gäbe es plötzlich legitime Konkurrenten?

TERKESSIDIS Ja. Das Denken ist oft wirklich so. Weil ich deutsch bin, sollte ich mehr Rechte und eine bessere Position haben – und »Ihr« geht bitte zurück an den Platz, an dem ihr früher immer gewesen seid, und das war eben da, wo die Müllsäcke aufgeladen wurden.

Umso mehr müssen Überlegungen angestellt und umgesetzt werden, wenn die beschriebenen Konflikte strukturell und langfristig überwunden werden sollen. Sie plädieren in Ihrem aktuellen Buch für mehr »Interkultur«. Was verbirgt sich dahinter?

TERKESSIDIS Ich hätte das Buch auch Inklusion nennen können. Das wäre jetzt der alternative Begriff gewesen. Ich habe Interkultur gewählt, weil ich der Auffassung bin, dass unter diesem Begriff in Deutschland schon vorgedacht wurde, vor allem in Bezug auf das Thema Interkulturelle Öffnung.

Interkultur bedeutet für mich nicht Multikulturalismus, wo es im Grunde darum ging, dass verschiedene ethnische »Communities« ihre eigene Kultur und Identität pflegen dürfen. Ich möchte den sozialen Raum nicht als Nebeneinander organisiert sehen. Was mich vielmehr interessiert an Interkultur ist die Veränderung. Daher setze ich den Akzent nicht auf kulturelle Unterschiede, sondern auf Kultur als Organisationsprinzip. Wenn man akzeptiert, dass die Gesellschaft heute eine Vielheit ist, dann braucht diese Gesellschaft auch Institutionen, die mit dieser Vielheit korrespondieren und sie fortentwickeln können. Interkultur als Organisationsprinzip fragt also nach den unausgesprochenen Hand-

lungsmustern, Privilegien etc., die bestimmte Leute bevorzugen und für andere Barrieren aufrichten. Es geht darum, eine für alle Beteiligten neue Idee davon zu entwickeln, wie die Institutionen funktionieren können – Interkultur sieht Einwanderung als Herausforderung und nutzt sie als Innovationshebel.

Außerdem funktionierte der Begriff in bestimmten Kreisen schon länger als Kontrahent zum Begriff Integration – und da wollte ich ansetzen. Es ist nach meiner Überzeugung unbedingt notwendig, vom Denken in Gruppen wegzukommen – es geht nicht um »die«, »die Ausländer«, »die Migranten«, »die Türken« etc. Es geht ganz strikt um Individuen und deren Potenzial.

Das heißt?

TERKESSIDIS Ein Beispiel: In Berlin wurde mittlerweile in der Grundschule jahrgangsübergreifendes Lernen eingeführt. Das jahrgangsübergreifende Lernen ist wirklich eine ganz intelligente Angelegenheit, weil in dem Moment klar wird, okay, es gibt fünfjährige Kinder, die können in Deutsch mit einem Siebenjährigen zusammen lernen, und es gibt Sechsjährige, die sollten Mathe mit Fünfjährigen zusammen machen. Der entscheidende Punkt daran: Die Idee von Homogenität, wonach Fünfjährige alle das gleiche Niveau haben, wird aufgehoben. Ich muss vielmehr eine Idee davon entwickeln, wie Individuen zu fördern sind. Einen solchen Denkansatz kann man nun durchdeklinieren für alle verschiedenen Institutionen. In der Schule kann es natürlich nicht das gleiche Programm Interkultur geben wie in den sozialen Diensten oder im Gesundheitsbereich. Ich muss vielmehr die jeweilige Institution anschauen und sehen, wie funktioniert der Regelbetrieb dort, um dann ableiten zu können, was für Veränderungsmaßnahmen zu ergreifen sind.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf einen weiteren Punkt hinweisen. Es ist natürlich auffällig, wie wenig Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen der Städte und Kommunen tätig sind. Wenn in einer Stadt wie Frankfurt, in der zurzeit 42 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund leben, in der Verwaltung der Anteil dieser Personen nur bei geschätzten fünf Prozent liegt, dann stimmt natürlich das Verhältnis nicht mehr. So etwas macht sich ganz praktisch bemerkbar, wenn etwa die Mitarbeiter der jeweiligen Institution in ganz vielen Beziehungen nicht mehr die Sprache der Leute sprechen, mit denen sie zu tun haben.

Es ist natürlich auffällig, wie wenig Menschen mit Migrationshintergrund in den Verwaltungen der Städte und Kommunen tätig sind.

Gibt es denn auch positive Entwicklungen?

TERKESSIDIS Zwar ist die Verhaltensstarre im öffentlichen Dienst oftmals noch enorm. Man kann aber auch Fortschritte ausmachen. So etwa in Berlin. Dort wurde viele Jahre im Bereich Ausbildung fast überhaupt nichts gemacht. Kürzlich aber wurde eine Kampagne gefahren unter dem Titel »Berlin braucht dich«, die gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund ansprechen sollte. So konnte deren Anteil immerhin auf 14,35 Prozent verdoppelt werden. Aus Köln habe ich kürzlich gehört, dass auf Druck verschiedener Abgeordneter mit Migrationshintergrund die Ausbildungsquote in der Stadtverwaltung bei über 28 Prozent liegt. Es tut sich also durchaus etwas. Zugleich finde ich aber, dass das konzeptuell noch nicht genug klar gefasst ist. Prozesse und Ziele müssen deutlich transparenter werden, auch damit die Einheimischen verstehen, was da eigentlich gemacht wird.

Wie und wo werden nach Ihrer Meinung noch institutionelle Veränderungsdebatten in Deutschland geführt?

TERKESSIDIS Sinnvolle Debatten werden eigentlich überall da geführt, wo Personen im Alltag, im direkten Umfeld, in ihrem Einflussbereich oder ihren Institutionen konkrete Erfahrungen machen. Sprich: bei den Unternehmen, in vielen Einrichtungen und Organisationen und vor allem in den Kommunen. Die verantwortlichen Handlungsträger merken, dass etwas getan werden muss.

Um ein Beispiel zu nennen: Ein Wohlfahrtsverband stellt einen wachsenden Schwund an Ehrenamtlichen fest, weil die bisherigen Netzwerke nicht mehr funktionieren. Früher war es nun einmal so, dass ein Ortsverein in einer Stadt prima funktioniert hat. Der wurde im Großen und Ganzen von zwei Familien betreut. Diese beiden Familien hatten ein Netzwerk und darüber kamen die Leute ganz selbstverständlich in den Ortsverein. Dies hat aber nur bis zu dem Punkt geklappt, wo noch keine 50–60 Prozent Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Stadt lebten, denn die gehören nicht zu den »alten« Netzwerken der Familien. Und plötzlich gibt es keinen Nachwuchs mehr – und am Ende ist der Migrationshintergrund dafür verantwortlich: »die« wollen nicht ... Dabei ginge es darum, die Organisation dieser Ortsvereine zu verändern, um Barrieren abzubauen. Es entsteht also ein Existenzdruck und auf diesen Druck müssen Institutionen und Organisationen – in diesem Falle Wohlfahrtsverbände – mit entsprechenden Struktur- und Angebotsveränderungen reagieren.



Institutionen und Organisationen müssen Struktur- und Angebotsveränderungen vornehmen.

Nach Sarrazin und vor den neuen Herausforderungen – wo geht es hin mit Deutschland in Fragen des Umgangs mit Vielfalt?

TERKESSIDIS Klar ist: Die Einwanderungsgesellschaft ist keine gemütliche Angelegenheit. Man muss es auch aushalten, wenn Menschen die Auffassung Sarrazins teilen. Dies wird auch in absehbarer Zeit noch so sein. Ganz entscheidend ist es deshalb, Maßnahmen zu ergreifen, die dafür sorgen, dass betroffene Gruppen angemessen widersprechen können – etwa auf rechtlicher Ebene. Es ist ja etwa immer noch so, dass in vielen Teilen der großen Städte ein Viertel der Einwohner kein Wahlrecht hat. Aber ich sehe das nicht so pessimistisch wie viele um mich herum. Ich fand die Situation in den frühen 1990er-Jahren sehr viel schlimmer. Seinerzeit hatte man das Gefühl, dass es einen Transmissionsriemen gab zwischen einer Politik, die bestimmte Gruppen quasi zum »Abschuss« anbot, einem rassistischen Mob auf der Straße, der sich entsprechend organisieren durfte, und Medien, die beschwichtigend feststellten: Jaja, das Zusammenleben mit Menschen aus weit entfernten Kulturkreisen kann zu Gewalt führen. Die Situation heute ist weitaus widersprüchlicher. Es wird viel deutlicher Kontra gegeben, finde ich! ♥

 **Zum Weiterlesen**

Mark Terkessidis: Interkultur, edition suhrkamp, Frankfurt a. M., 2010, 220 Seiten

Nahe am Menschen

Seit über drei Jahrzehnten arbeitet AWO-Urgestein Osman Apaydin in Duisburg-Marxloh für ein zukunftsgerechtes Miteinander in Vielfalt. Ein Porträt.

Autor Peter KuleBa

Jetzt ist die Luft rein, aber die Arbeit weg und der Stadtteil seit über zwei Jahrzehnten im Wandel. Tausende von Arbeitern im Stahl- und Kohlegewerbe, vor allem türkischer Herkunft, haben seit Mitte der 1980er- bis zu Beginn der 1990er-Jahre bei Thyssen und der Ruhrkohle in Duisburg-Marxloh ihren Job verloren. Waren es früher unzählige kräftige Hände, die einen Hochofen unter Feuer hielten, sind es jetzt ein paar Ingenieure am Computer. Fortschritt der Technik.

Osman Apaydin von der AWO verfolgt den Wandel in Duisburg-Marxloh seit 30 Jahren. Geht man mit dem 62-jährigen durch die Straßen, bleibt kein Zweifel: Dieser Mann kennt die Menschen und die Menschen kennen ihn. Er ist so etwas wie die gute Seele des Stadtteils. Für Apaydin und seine AWO-Mitstreiter in Marxloh war Ende der 1980er-Jahre rasch klar: Die zahlreichen Arbeitslosen mit

Migrationshintergrund – viele kaum älter als 50 Jahre – brauchten Unterstützung für ihren neuen Lebensabschnitt.

1999 gab es eine »junge Seniorengruppe«. Nach anfänglicher Skepsis kamen regelmäßig 100 Personen zusammen. Die AWO stellte ihnen Räume und logistische Unterstützung zur Verfügung. Alles andere musste die Gruppe selber organisieren. Unterstützt vom AWO Kreisverband Duisburg gründete sich 2000 aus dieser Gruppe heraus der AWO Ortsverein Marxloh-International. Der erste Ortsverein für Migranten innerhalb der AWO überhaupt. Noch besteht der Ortsverein aus türkischen Mitbürgern. Er öffnet aber seine Türen peu à peu auch für andere Nationalitäten.

Seit 2009 gibt es nach dem Vorbild der türkischen Seniorengruppe eine Gruppe für russische Mitbürger. Noch leben sie

und der Ortsverein International in ihrem eigenen »Rückzugsraum«. »Das finde ich auch nicht weiter schlimm«, so Apaydin. »Sie nähern sich einander langsam an und machen immer mehr gemeinsame Veranstaltungen. Das ist eine gute Entwicklung. Wenn die Zeit reif ist, werden auch unsere russischen Freunde dem Ortsverein International beitreten, da bin ich optimistisch.«

Nach Jahren in der Jugendhilfe und der Arbeit mit den Senioren ist der studierte Sozialarbeiter und Vater von zwei erwachsenen Kindern seit 2005 Abteilungsleiter in der neu gegründeten AWO Integrations GmbH. »Ich habe nun zwar mehr Gremienarbeit und Repräsentationsverpflichtungen zu erledigen, aber ich nehme mir immer noch gerne Zeit für die Leute«, so Apaydin.

Über all die Jahrzehnte seiner Arbeit treibt Osman Apaydin vor allem immer noch eine Frage um: »Wann sprechen wir in Deutschland endlich einmal über die gut 80 Prozent der Migranten, die integrationswillig sind. Mich nervt es, permanent über Defizite von Migranten – die es sicher auch gibt – zu sprechen.« Apaydin ist in diesem Zusammenhang ein überzeugter Verfechter des Konzepts der Interkulturellen Öffnung. Für ihn bedeutet dies vor allem, Teilhabe und gleiche Chancen und Risiken für alle Beteiligten zu ermöglichen. »Dies muss allerdings – ob in Institutionen oder Organisationen – von oben gewollt sein und systematisch befördert werden. Nur dann funktioniert es«, fordert er mit energischer Stimme, um kurz darauf den Gast mit einem freundlichen Lächeln und festem Händedruck zu verabschieden. ☺

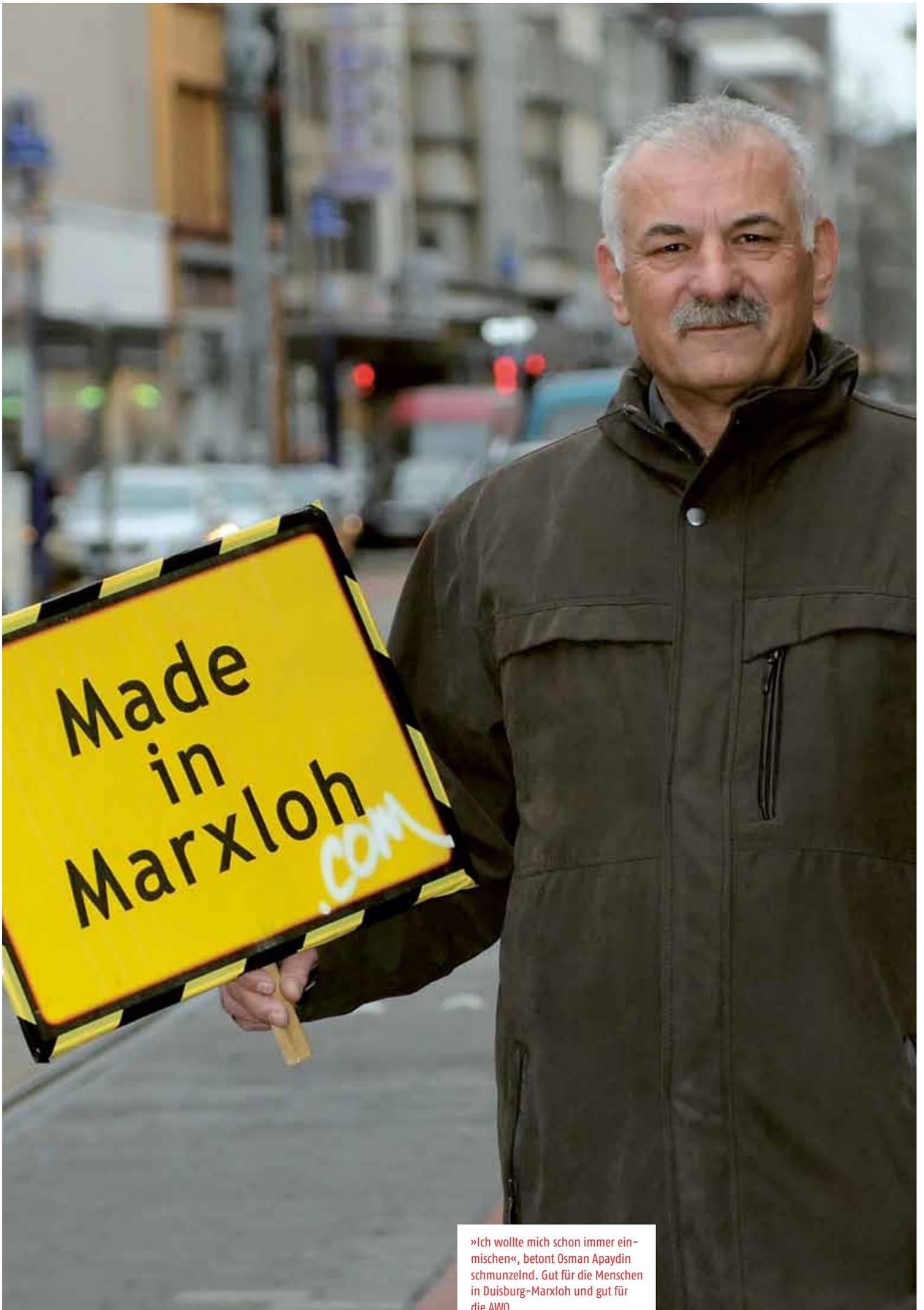
BEVÖLKERUNG MARXLOH 2009

Einwohner mit Zuwanderungshintergrund	10.353
Ausländische Einwohner	6.069
Deutsche Einwanderer mit 2. Pass	1.842
Deutsche Kinder mit ausländischem Pass	570
Eingebürgerte seit 1982	1.872
Einwohner insgesamt 2008	17.479
Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte in %	59,2%

Im Stadtteil Marxloh leben 17.479 Menschen. 10.353 Einwohner haben einen Zuwanderungshintergrund. Davon sind 6.069 Personen ausländische Einwohner und 1.842 deutsche Einwohner mit zweitem Pass. Daraus resultiert, dass ungefähr jeder zweite Bürger einen Migrationshintergrund besitzt.

Quelle: Sozialbericht 2010, Stadt Duisburg, Tabelle 12

☎ Tel 0203 / 40000102 · Mail info@awo-integration.de
 🌐 Weitere Informationen www.awo-integration.de



»Ich wollte mich schon immer einmischen«, betont Osman Apaydin schmunzelnd. Gut für die Menschen in Duisburg-Marxloh und gut für die AWO.

Die Kultur des Zusammenlebens

Wie Integration funktioniert.

Autor Heribert Prantl

Seit 120 Jahren gibt es Einwanderung in Deutschland; gleichwohl tun Politiker bis in unsere Tage hinein gern so, als seien sie die Ersten, die damit konfrontiert sind. Der Reichstag in Berlin, die U-Bahn in der Hauptstadt und das deutsche Eisenbahnnetz sind überwiegend von ausländischen Arbeitern gebaut worden. Damals wurde vor einer Polnisierung Deutschlands gewarnt; und die Tonlage dabei unterschied sich nur wenig von der heutigen Warnung vor einer Islamisierung.

Der Gesetzgeber auf dem Gebiet des Ausländerrechts ist ein Gesetzgeber ohne Gedächtnis. In anderen Gebieten ist es so, dass sich das Recht fortentwickelt. Es gab daher in den vergangenen 100 Jahren große Fortschritte im Strafrecht und gewaltige Fortschritte im bürgerlichen Recht. Im Ausländerrecht gab es diese Fortschritte kaum – das Zuwanderungs- und Integrationsgesetz von 2005 war der erste kleine Schritt. Politik und Gesetzgeber standen vor der Einwanderung und ihren Problemen immer wieder von neuem wie der Ochs vor dem Berg. Wenn aber Politik kein Gedächtnis hat, handelt sie himlos.

Der späte Aufbruch der deutschen Politik in die Integrationsgesellschaft gleicht immer noch einem Abenteuer. Wer das Zuwanderungsgesetz auf den Tisch legt, der fühlt sich an die große Packliste erinnert, mit der sich eine westdeutsche Familie vor 50 Jahren auf ihre ersten Reisen ins Ausland vorbereitet hat. Vor 50 Jahren – das war auch die Zeit, als die ersten Gastarbeiter nach Deutschland kamen. Damals, als die Westdeutschen die Welt zu entdecken begannen, als sie feststellten, dass die Welt hinter dem Brenner zwar schön ist, aber das Essen dort anders schmeckt, da begann die große

Reise so: Die Familie nahm die Kernvorräte aus der Speisekammer. Sie packte eine gehörige Portion heimische Lebensart in den VW-Käfer, und so war mit Hartwürsten und Schweinskopfsülze im Einmachglas das Überleben in der Fremde gesichert.

So ähnlich ist die Politik in die Einwanderungsgesellschaft aufgebrochen. Sie hat den vertrauten Vorrat an Sprüchen und Paragraphen mit auf die Reise genommen, hat also bei der großen Reise so viel wie möglich von der gewohnten Verpflegung dabei; es droht sonst, so fürchtet man, Vergiftung. Gelegentlich gelüstet es der Expedition nach Deftigem: Dann greift man hinein ins Reservoir der Formeln vom Vater- und vom Abendland. Das nennt sich dann Leitkulturdebatte. Ausländerpolitik bedient immer wieder Vorurteile, sie reagiert auf Ressentiments. Sie ist eine Politik, die den Einwanderer als Störer begreift.

Diese Tendenz hat sich verschärft seit dem 11. September. Seitdem stehen Muslime schnell im Verdacht, gefährliche Islamisten zu sein. Der Koran gilt als gefährlich, als Anleitung für Terror. Diejenigen, die sich bei ihrem Terror auf Allah berufen, die ihn zu einem Teil ihrer Komplotte machen, haben freilich heftig dazu beigetragen. Und die Sarrazin-Debatte von 2010 war auch nicht besonders hilfreich.

Leitkultur in Deutschland sollte eine Kultur des Zusammenlebens sein: Sie heißt Demokratie. Sie heißt Rechtsstaat. Sie heißt Grundrechte. Das klingt simpel. Aber der Alltag zeigt, dass es so simpel nicht ist. Diese Leitkultur fordert viel, sie fordert nicht nur Toleranz, sondern Respekt von beiden Seiten, von den Alt- und den Neubürgern. Integration ist eine deutsche, sie ist eine europäische Aufgabe. ♥



Prof. Dr. Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und leitet dort das Ressort Innenpolitik.

IM NÄCHSTEN HEFT

Für Dich und für mich.

Seit ihrer Gründung 1919 ist für die AWO klar: Ohne Bürgerengagement ist der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gefährdet. Der Themenschwerpunkt des kommenden Heftes diskutiert die generelle Bedeutung des freiwilligen Engagements und präsentiert das vielfältige Engagement innerhalb der AWO.

GlücksSpirale

Die Rentenlotterie, die Gutes tut.

Lose nur bei LOTTO

Glück für alle: Mit jedem Los der GlücksSpirale unterstützen Sie die **Wohlfahrtspflege**, den Sport sowie den Denkmalschutz – und haben die Chance auf 7.500 €* monatliche Rente.



GlücksSpirale

* Chance 1:5 Mio. Spielteilnahme ab 18.
Glücksspiel kann süchtig machen.
Beratung unter Tel. 0800 1 37 27 00.

 **LOTTO®**

